



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73041
Fax 030 227 – 76041

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Pressemitteilung

10.07.2012

Lohnungleichheit ein Ende setzen – Bundesregierung muss handeln

Anlässlich der Ergebnisse des aktuellen Beschäftigungsausblicks der OECD erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Jetzt hat es die Bundesregierung schwarz auf weiß! Die jüngste OECD-Studie bescheinigt, dass die Lohnungerechtigkeit in Deutschland weiter wächst. Die Spaltung des Arbeitsmarktes wird durch Minijobs, Scheinwerkverträge, Leiharbeit und Befristungen immer größer, so dass die an sich erfreuliche Entwicklung der Arbeitslosenquote schlichtweg trügt. Erwerbsarbeit heißt für immer weniger Beschäftigte faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung. Der Rückgang der Tarifbindung geht mit der Zerstörung von Kollegialität und innerbetrieblicher Solidarität einher und lässt Konkurrenz, Unsicherheit und Misstrauen entstehen. Das ist schädlich für das Betriebsklima, die Motivation und letztlich auch die Identifikation mit dem Betrieb. Der alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft wird zunehmend seitens der Arbeitsgeber aufgekündigt. Die hart erkämpften gewerkschaftlichen Errungenschaften stehen nur noch auf dem Papier. Dieser Trend ist untragbar und tut unserer Gesellschaft nicht gut.

Die Bundesregierung muss der Tariffucht endlich Einhalt gebieten und dafür sorgen, dass gleiche und faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten gelten. Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt, die die Beschäftigten und Gewerkschaften gleichermaßen stärken.

Immer weniger Beschäftigte sind von tariflichen Regelungen geschützt; das schwächt die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und führt zu niedrigen Löhnen. Wir brauchen eine Regulierung der Leiharbeit und die Bekämpfung von Scheinwerkverträgen. Vor allem muss das Tarifvertragssystem gestützt werden – durch Mindestlöhne und erleichterte Kriterien für mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Tariffucht darf sich in Deutschland nicht mehr lohnen.